



Kampf gegen Behördenwillkür

Brandenburgs Bürger sind oft mit Beschwerden vor dem Verfassungsgericht erfolgreich

VON MATHIAS HAUSDING

Potsdam (MOZ) „Ich gehe bis nach Karlsruhe“ lautet ein geflügeltes Wort in Deutschland. Das Bundesverfassungsgericht hat einen exzellenten Ruf. Doch die Hüter der Brandenburger Verfassung stehen dem nicht nach. Auch sie entscheiden oft zugunsten der Bürger.

Im vergangenen Jahr waren sechs von 60 eingereichten Beschwerden erfolgreich. „So viele wie noch nie“, betont Jes Möller, Präsident des Landesverfassungsgerichts. Am Freitag zog er Bilanz für 2013, machte dabei Eigenwerbung, lud die Bürger dazu ein, sich bei Problemen an das Gericht zu wenden.

„Wir sind ein schnelles Verfassungsgericht“, sagte Möller selbstbewusst. Sogenannte Individualbeschwerden, also Einwände von Bürgern, werden innerhalb von sechs bis neun Monaten entschieden. „Das ist ein guter Wert. Schließlich sind wir ein Feierabendgericht“, erinnerte der Präsident. Sämtliche Verfassungsrichter haben neben ihren Posten andere Jobs, der 52 Jahre alte Jes Möller zum Beispiel ist Direktor des Sozialgerichts Neuruppin.

Die zugunsten der Bürger entschiedenen Beschwerden drehen sich nach Möllers Angaben vor allem um drei Grundsätze: Verbot objektiver Willkür, Recht auf rechtliches Gehör und Recht auf Gleichbehandlung. So sei zum Beispiel ein mittelloses Bürger erfolgreich gewesen, der sich gegen die Weigerung des Oberlandesgerichts (OLG) wehrte, ihm Prozesskostenhilfe zu zahlen.

In seinem Rechtsstreit ging es um Rentenansprüche nach einer Scheidung. Das OLG entschied nun juristisch unanfechtbar, dass der Mann mangels Erfolgsaussichten keine Beihilfe erhält. Jenes „kleine Urteil“, so Möller, sei jedoch unzulässig. Zwar dürfe das OLG die finanzielle Unterstützung offensichtlich unsinniger Klagen ablehnen. „Aber hier ging es um eine schwierige Rechtsfrage mit offenem Ausgang“, erklärte Jes Möller. Und die Justiz dürfe es armen Menschen nicht verwehren, um ihr Recht zu kämpfen.

In einem anderen Fall habe sich ein Bürger per Verfassungs-



Schwere Akten: Der Präsident des brandenburgischen Verfassungsgerichts, Jes Möller, hatte im vergangenen Jahr unter anderem ein Urteil zur Kita-Finanzierung im Land verkündet. Dies zwang die rot-rote Koalition zu einer Gesetzesänderung. Foto: dpa

gericht erfolgreich gegen „materielle Willkür“ seitens des Landgerichts Potsdam gewehrt. In jenem Fall hatte ein Mieter vor längerer Zeit mit Einverständnis des Vermieters auf eigene Kosten eine Heizung in sein Haus eingebaut. Nun starb dieser Mieter, sein Sohn übernahm das Haus und der Vermieter verhängte wegen der guten Heizung eine Mieterhöhung.

Dagegen wehrte sich der Sohn, erhielt in erster Instanz

Recht, aber das Landgericht entschied: Der Tod galt als Auszug, der Sohn ist Neumieter und muss die Mieterhöhung dulden. Jes Möllers Bewertung dazu fällt kurz und deutlich aus: „Das ist Willkür.“ Zur Erklärung ergänzt er: „Wer stirbt, zieht nicht aus.“

Neben jenen Bürgerbeschwerden waren die Verfassungsrichter auch 2013 mit etlichen Klagen von Kommunen gegen das Land beschäftigt. Ein Grundsatzurteil sei dabei die Entscheidung zur

Kindergarten-Finanzierung gewesen. Rot-Rot hatte 2010 eine bessere Ausstattung mit Erzieherinnen beschlossen und den Kommunen die daraus entstehenden Kosten pauschal erstattet.

„Zu pauschal“, entschied das Verfassungsgericht. Die Höhe der Zahlungen an die Kommunen sei nicht nachzuvollziehen, weil einige kreisfreie Städte und Landkreise höhere Kosten übernehmen müssten als andere. „Nach unserer

Entscheidung muss das Land 9,4 Millionen Euro pro Jahr nachschießen“, sagt Möller. Dieser Präzedenzfall habe Vorbildcharakter für andere Streitigkeiten etwa um das Kinderschutzgesetz und die daraus entstehenden Kosten. Für die finanziellen Beziehungen zwischen Land und Kommunen gelte kraft des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.“

Heinemanns wird abgeschoben

Staatssekretär wechselt nach Streitigkeiten mit Minister ins Innenressort

Potsdam (bb) Das Verhältnis zwischen Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) und seinem Staatssekretär Henning Heidemanns (parteilos) gilt seit Monaten als zerrüttet: Am Freitag folgten nun personelle Konsequenzen. Heinemanns muss ins Innenministerium zu Ralf Holzschuher (SPD) wechseln. Dort wird er Beauftragter und soll in dieser Funktion die Regierungsarbeit für den Bürger transparenter machen. In einer Mitteilung des Wirtschaftsministeriums ist der Posten mit

dem Titel „Open Government Data“ beschrieben.

Bei der Opposition löste die Nachricht Hohn und Spot aus. „Die Landesregierung hat von der Flughafengesellschaft gelernt. So wie Herr Amann Gullydeckel-Beauftragter wurde, wird jetzt Herr Heidemanns Open-Government-Data-Beauftragter“, heißt es in einer Mitteilung vom Fraktionsvorsitzenden Axel Vogel (Grüne). Er gehe davon aus, dass Bezahlung und Tätigkeit in keinem Verhältnis zueinander stehen.

Kritische Stimmen gibt es auch aus den Reihen der FDP. „Wir hätten es sehr begrüßt, wenn die Stelle mit einer qualifizierten Person besetzt worden wäre“, schreibt der innenpolitische Sprecher Hans-Peter Goetz. Zumal das Wirtschaftsministerium selbst von einer „herausgehobenen“ Funktion spreche. Unterdessen kann sich Gregor Beyer (FDP) „nicht des Eindrucks erwehren, dass hier ein missliebiger Staatssekretär vermeintlich elegant aus dem Ministerium entfernt wurde“.

Kritik an Fonds-Plänen

„Gefängniskinder“ laden zu Sitzung

Bad Freienwalde (neu) Die Pläne der Länder, die Hilfen für ehemalige DDR-Heimkinder zu reduzieren sowie die Vergabekriterien zu ändern, stoßen bei den Betroffenen auf Kritik. „Mit dem Fonds versprach man uns eine kleine Verbesserung unserer Lebensbedingungen“, sagt Roland Herrmann, Vorstand des Vereins Kindergefängnis Bad Freienwalde. „Doch wir kämpfen immer noch in einem politischen, staatsanwaltlichen und richterlichen Sumpf, in dem wir Opfer zu ersticken drohen.“ Die 40 Millionen Euro des Fonds sind auf-

gebraucht. Am 5. Februar soll ein neuer Beschluss werden. Viele Betroffene, die Unrecht in DDR-Heimen erfahren haben, warten noch auf Beratung. Um sich mehr politisches Gehör zu verschaffen, hat sich der Freienwalder Verein nun der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft angeschlossen, die ihren Sitz in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin hat. Dort findet am Sonnabend die erste Sitzung statt. (Mit Adleraugen)

Mehr Infos unter kindergefängnisbadfreienwalde.ibk.me

„Abwarten, ob es gravierende Verzerrungen gibt“

Brandenburger Politiker sehen der kommenden Mütterrente zum Teil mit gemischten Gefühlen entgegen

VON ANDREAS WENDT

Frankfurt (Oder) (MOZ) Schwer zu verstehen, schwer zu erklären, schwer zu finanzieren – zumindest darin ist sich die Politik einig, wenn es um die anstehende Mütterrente der schwarz-roten Bundesregierung geht. Dass ostdeutsche Frauen dabei offensichtlich schlechter gestellt sind und einen mit 25,74 Euro im Monat geringeren Zuschlag zu erwarten haben als Mütter im Westen, birgt Zündstoff. Vom leidigen „Ostfaktor, der immer wieder herangezogen wird“ und zu weiterer struktureller Benachteiligung führt, spricht der brandenburgische Bundestagsabgeordnete Thomas Nord (Linke). Seine Fraktionskollegin Birgit Wöllert aus der Lausitz stößt sich nicht nur an der Ungleichbehandlung der Mütter, sondern daran, dass die Rente nicht aus Steuern finanziert wird.

„Die Besserverdienenden werden nicht an der Finanzierung beteiligt“, bemängelt Wöllert.

Ein Kritikpunkt, den selbst die Sozialdemokraten nicht abstreiten können. „Wir können das Paket nicht ewig aus Rentenmitteln finanzieren“, gibt Stephan Zierke, SPD-Bundestagspolitiker aus der Uckermark, zu. Schließlich koste die Mütterrente unter dem Strich mehr als die geplante Rente mit 63, von der wiederum die Ost-Frauen stärker als jene im Westen profitieren würden. Von einer pauschalen Benachteiligung ostdeutscher Mütter will Zierke wie auch die stellvertretende SPD-Fraktions-Chefin im Brandenburger Landtag, Sylvia Lehmann, deshalb nur ungern sprechen. „Die Frauen im Osten haben ganz andere Berufsbiografien – sie waren länger berufstätig und haben so mehr Rentenpunkte sammeln können“, sagt sie. Man



Überzeugt: Jens Koeppen (CDU) Foto: MOZ/Thomas Burckhardt



Skeptisch: Birgit Wöllert (Linke) Foto: Linke

müsse abwarten, ob es am Ende tatsächlich gravierende Verzerrungen gibt.

Der strittige Punkt im voraussichtlich ab Juli geltenden Rentenpaket ist, dass von der Müt-

terrente vor allem jene Frauen profitieren, die zur Kindererziehung zu Hause blieben – der klassische Westfall. Ostdeutsche Mütter, die es nach der Geburt ihres Kindes wieder schnell an den Arbeitsplatz zog, müssen mit weniger Geld rechnen. Frauen die schon jetzt Rente beziehen, erhalten einen zusätzlichen Entgeltpunkt für jedes vor 1992 geborene Kind – ihr monatlicher Betrag erhöht sich um knapp 26 Euro. Müttern, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben, werden für jedes vor dem Stichtag zur Welt gebrachte Kind Erziehungszeiten von bis zu 24 Monaten in ihrer Versicherungsbiografie gutgeschrieben. Für Brandenburgs Sozialminister Günter Baaske (SPD) besteht das Hauptproblem darin: „Für den Osten ist die Rentenangleichung entscheidend. Die Ost- und Westrenten müssen angepasst werden.“

Nebenbei notiert

Des Zeidlers neue Kleider auf der Messe

Unter Genossen schätzt man das Du und die freundschaftliche Ansprache per Vornamen. Margitta Mächtigt (Linke) mag das auch, doch seit einer Woche vermisst sie ihren Vornamen, der übrigens so viel heißt wie „Kind des Lichts“ oder auch M. Mächtigt „Perle“. Grund für den Schwund: Es gibt etwas, das die Genossen höher schätzen: Vorsitzende. Und so ist Frau Mächtigt seit ihrer Wahl zur Fraktionschefin nicht mehr die Margitta, sondern stets die „Vorsitzende“.



Foto: MOZ/tb

Die FDP muss bekanntlich um den Wiedereinzug in den Landtag bangen. Hat sie sich bereits jetzt vom Spielbetrieb abgemeldet?

Diese Frage stellt sich, wenn man die Homepage des Abgeordneten Andreas Büttner aufruft. Seit zwei Wochen ist sie bis auf ein paar Fehlermeldungen komplett leer. „Ich bin Opfer eines Hacker-Angriffs“, sagt Büttner zur Erklärung. „Es ist alles weg.“ Ein Mitarbeiter baut die Seite nun komplett neu auf. In einer Woche will Büttner im Netz wieder präsent sein.



Foto: MOZ/kw

Alles gegeben hat Holger Ackermann, Pressesprecher des Landesimkerverbandes, auf der Grünen Woche in Berlin. In historischer Kluft eines Honigsammlers (Zeidler) gelang es dem Storkower, die Aufmerksamkeit



H. Ackermann Foto: Arendsee

so manches Mesesebesuchers auf sich, die märkischen Bienen und deren Produkte zu lenken. Lars Dettmann vom Landesfischereiverband Brandenburg hatte es da einfacher als die Imker: Er fesselte die Messegäste mit einigen Prachtexemplare an seinen Stand, die er in einer Eistruhe eindrucksvoll präsentierte. In ein Kostüm wie das der Meerjungfrau zu schlüpfen, blieb Dettmann erspart. (ndt/mat)

Märkische Oderzeitung Märkische Zeitung

Abo-Service: 0335 665 99 557

Anzeigen: 0335 665 99 556

Telefon der Redaktion Berlin/Brandenburg: 0335 5530-522/-516 Fax: 0335 5530-538

E-Mail: brandenburg@moz.de